

itung.

26. April

Zur Ausbildung der Dienstboten.

Von

Regine Deutsch.

Der Krieg hat, wie auf alle Verhältnisse, so auch auf die Dienstbotenhaltung eingewirkt. Nach den überstürzten Entlassungen am Beginn des Krieges ist zwar längst eine gewisse Beruhigung eingetreten; immerhin sind viele Familien durch geminderte Einnahmen sowie durch die gesteigerten Kosten einer Haushaltung gezwungen worden, sich ohne häusliche Dienstangestellte zu behelfen. In Groß-Berlin, wie wohl in ganz Deutschland, hat sich daher die Zahl der Dienstboten an sich verringert. Trotzdem kann das Verhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, wie mir die Leiterin eines großen städtischen Arbeitsnachweises vor einiger Zeit sagte, als nahezu normal bezeichnet werden. Jedoch hat die geringere Zahl der für die häuslichen Stellen verlangten Mädchen für diese keine Erwerbslosigkeit im Gefolge gehabt, da ein starker Bedarf an weiblichen Arbeitskräften sowohl für den noch immer großen Kriegsbedarf, wie für das gesamte Verkehrsweisen (Straßenbahn, Post u. a. m.), vorliegt. Dazu kommt, daß ein Teil der vom Lande stammenden Mädchen dorthin zurückgekehrt ist, wo besonders im Frühjahr und Sommer die Nachfrage nach arbeitenden Händen am größten ist. Die gut ausgebildeten, gewandten Mädchen werden dagegen vielfach als Ersatz für Diener in reichen Haushaltungen, wie in Hotels, Sanatorien u. a. m. gesucht. Ein hierzu geeignetes Mädchen wird keine Minderung des gewohnten Lohnes zu gewärtigen haben, denn während des Krieges wie im Frieden werden sachlich gut geschulte Personen stets geeignete Stellen finden.

Dies führt dazu, wieder einmal, aber ganz gewiß nicht zu oft, auf die Notwendigkeit einer Ausbildung derjenigen hinzuweisen, die in den häuslichen Dienst treten wollen. Leider bleibt dies vielen Fällen gegenüber ein frommer Wunsch. Bei einem großen Teil der Mädchen liegt die Notwendigkeit des sofortigen Verdienens vor. Die obligatorische Fortbildungsschule, die ihnen — wenn auch in geringem Maße — eine Ausbildung geben würde, ohne sie am Verdienen zu hindern, die fehlt für diese Jugendlichen, und es ist wenig Aussicht vorhanden, daß die kommende Friedenszeit mit ihren gesteigerten Anforderungen an die Kommunen einem solchen gesetzgeberischen Werk günstig sein wird. Aber auch den Eltern, die ihrer Tochter eine gründliche hauswirtschaftliche Berufsbildung geben möchten, wird dies erschwert.

Nach einer Umfrage der vom „Bund deutscher Frauenvereine“ eingesetzten „Kommission für die Dienstbotenfrage“ haben kaum 50 Städte in Deutschland irgendwelche Einrichtungen zur Erlernung des hauswirtschaftlichen Berufs, und nur in 15 dieser Städte sind Ausbildungsanstalten von den Gemeinden selbst geschaffen oder werden von ihnen unterstützt. Nicht nur der geringe Umfang der entsprechenden Einrichtungen ist beklagenswert, das ganze hauswirtschaftliche Ausbildungswesen trankt an einem grundsätzlichen Uebel: der Verquickung der Ausbildung zu einem Erwerb und der zur Betätigung als Haus Tochter und künftige Hausfrau. Eine Fachschule muß jedoch der Berufsbildung allein dienen; denjenigen, die sich nachher nicht beruflich betätigen wollen, wird die gründlichere Ausbildung sicherlich nicht schaden, während Mängel in der Ausbildung sich bei dem ins Erwerbsleben Treten oft rächen. Auch für das Ansehen der Schule selbst ist es erforderlich, daß sie ein bestimmtes Ziel fest ins Auge faßt.

Als ein Beispiel für das, was trotz des heutigen Standes der preußischen Gesetzgebung von einer Kommune auf diesem Gebiet geleistet werden kann, muß die Stadt Charlottenburg gelten. Ihr Grundsatz einer Zentralisation aller gemeinnützigen Einrichtungen,